

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 280 (2007)

Rubrik: Jahreschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

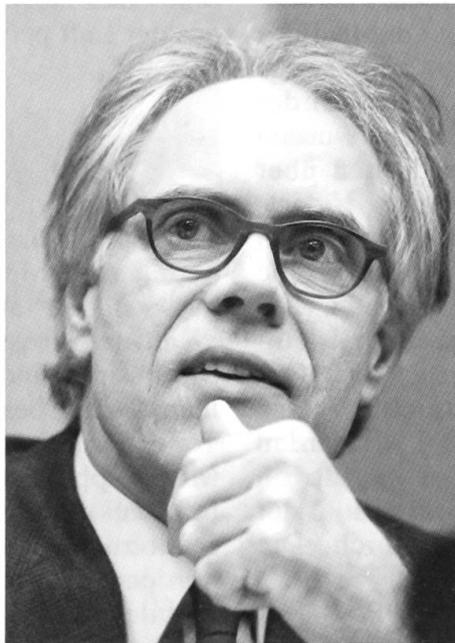
Jahreschronik

(1. MAI 2005 BIS 30. APRIL 2006)

Umwelt

Aussergewöhnliche Naturereignisse prägten das Jahr 2005

Im Verlaufe des Jahres häuften sich die Wetterextreme. Hochwasser in der Schweiz und in den östlichen Nachbarstaaten, Wirbelstürme in Amerika und Asien, ein verheerendes Erdbeben in Kaschmir waren die herausragenden Ereignisse. Naturkatastrophen haben Ursachen, die sich weitgehend unserer Beeinflussung entziehen. Sie verursachen Leid und Zerstörung. Sie lassen bei den Überlebenden körperliche und seelische Narben zurück, aber sie werden bald wieder vergessen von denjenigen, die nicht unmittelbar davon betroffen sind. Die drei nachfolgenden Kapitel zeigen drei wichtige Ereignisse auf.



Moritz Leuenberger
Bundespräsident für das Jahr 2006
(Foto: Keystone)

Sommerhochwasser 2005 im Alpengebiet

Die Hochwasser und Überschwemmungen wurden in der Schweiz und in den östlichen Nachbarländern durch ausserordentliche und lang anhaltende Niederschläge über das Wochenende vom 19. bis 23. August verursacht. Auslöser war eine so genannte Vb-Lage, die bekannt ist für ergiebige Niederschläge. Über

der Adria lag ein Tiefdruckgebiet, das sehr feuchte und warme Luft im Gegenuhrzeigersinn von Nordosten her gegen die Alpen führte. In der Schweiz war der ganze Alpennordkamm vom Kanton Waadt bis zum Kanton Graubünden betroffen. An einer grossen Anzahl der Messstationen von MeteoSchweiz

wurden seit Messbeginn noch nie Niederschlagsmengen in diesem Ausmass gemessen. Während zweier Tage fielen überall weit über 100 mm – in einigen Fällen bis zu 300 mm – Regen. Praktisch überall wurden die bisherigen Höchstwerte überschritten.

In den betroffenen Regionen war der August bereits vor dem Unwetterereignis nass. Die wassergesättigten Böden konnten die zusätzlichen Regenmengen nicht aufnehmen. Mit den hohen Temperaturen lag die Schneefallgrenze über 3000 m, und das verhinderte eine Zwischenspeicherung der Niederschläge in Form von Schnee in höheren Lagen. Damit waren alle Vorausset-

zungen für ein schlimmes Hochwasserereignis gegeben.

Die Flüsse und Seen konnten bald die anfallenden Wassermassen nicht mehr übernehmen. Vielerorts wurden neue Höchststände der Seen und Abflussmengen bei den Flüssen registriert. Die Pegel vieler Seen überschritten die Hochwassergrenze. Über dieser Grenze lagen der Brienersee mit 85 cm, der Thunersee mit

Messstation	Niederschlagsmenge	bisheriger Höchstwert
Meiringen	205 mm	159 mm
Napf	178 mm	158 mm
Engelberg	190 mm	153 mm
Einsiedeln	152 mm	142 mm
Marbach LU	181 mm	165 mm

Bisherige Höchstwerte, verglichen mit der Niederschlagsmenge 2005

95 cm und der Bielersee mit 44 cm. In der Zentralschweiz wurden beim Sarner-, Lauerzer- und Ägerisee die höchsten je gemessenen Wasserstände registriert. Entsprechend erreichten die Abflussmengen der Flüsse Höchstmarken. Die Aare führte in Thun 550 m³/s und in Bern 605 m³/s.

Die Überschwemmungen forderten in der Schweiz sechs Todesopfer. In Brienz wurden zwei Personen in ihrem Haus durch den über die Ufer getretenen Glyssibach getötet. In Entlebuch LU wurden zwei Feuerwehrleute durch eine Hangmure erfasst, in Küblis ertrank eine Frau in der Landquart und in Dürnten ZH wurde eine Person zwischen Schwemmgut eingeklemmt.

Die materiellen Schäden erreichten eine Gesamtschadenssumme von ca. 2,5 Milliarden Franken. Zirka 510 Millionen Franken davon betreffen Kosten für die Wiederherstellung der Infrastrukturen im öffentlichen Bereich. Die



Sommerhochwasser 2005 im Alpengebiet

kantonalen Gebäudeversicherungen müssen Schäden von 665 Millionen Franken übernehmen. Die Privatversicherer trifft es mit 1335 Millionen Franken.

Sehr grosse Schäden entstanden an Gebäuden und Infrastrukturen in den Kantonen Bern, Ob-/Nidwalden und Luzern. Besonders hart traf es im Kanton Bern Brienz, Oey-Diemtigen, das Frutigtal, Guttannen und Grindelwald. In Bern floss die Aare mitten durch das Mattequartier. Allein für Gebäude und öffentliche Bauten beträgt der Schaden im Kanton Bern 390 Millionen Franken. In Obwalden entstanden grosse Schäden im Gebiet um Sarnen. Nach der Zerstörung der Bahngleise und der Strasse wurde Engelberg ganz abgeschnitten. Bis zur Erstellung einer Notstrasse konnte das Klosterdorf nur aus der Luft per Helikopter versorgt werden.

USA/Karibik

Die alljährlichen Hurrikane traten in diesem Jahr besonders häufig auf. Drei von ihnen forderten viele Menschenleben und richteten riesige Schäden an. Am 29. August verwüstet «Katrina» grosse Teile der Staaten Louisiana, Mississippi und Alabama. Die Stadt New Orleans wird besonders hart getroffen. Grosse Teile der Stadt liegen unter dem Spiegel des Mississippi und des anstossenden Pontchartrainsees. Viele Dämme brechen, worauf die Stadt zu 80% überflutet wird. Da die Stadtbehörden keine vorgängige Evakuierung der nicht mobilen Bevölkerung organisiert hatten, werden rund 100 000 Menschen eingeschlossen. Sie müssen tagelang unter erbärmlichen Bedingungen auf Hilfe von aussen warten. Die Hilfe durch die Zentral-, die Staats- und Stadtregierung läuft nur sehr harzig und vor allem unkoordiniert an. Die Regierung in Washington ist ebenso schlecht auf die Katastrophe vorbereitet wie die lokalen Behörden. Im ganzen Schadengebiet kommen 1121 Menschen ums Leben. Gegen 150 000 Häuser werden in Louisiana zerstört. Die Sachschäden werden auf 100 Milliarden Dollar geschätzt. Der Wiederaufbau der Stadt New Orleans verläuft ebenso harzig



USA: Hurrikan Katrina
(Foto: Keystone)

wie die Hilfe. Mehr als ein halbes Jahr nach der Katastrophe sind nur rund ein Drittel der Einwohner wieder in die Stadt zurückgekehrt. Vierorts ist die Lage noch desolat: Weder ist aufgeräumt, noch sind Wasser- und Stromversorgung instand gestellt.

Kaum einen Monat später, am 25. September, trifft der Hurrikan «Rita» etwas weiter westlich, im Osten von Texas, auf die amerikanische Golfküste und richtet nochmals grosse Schäden an. In der bereits schwer heimgesuchten Stadt New Orleans bricht ein soeben geflickter Damm erneut und setzt ganze Stadtteile wieder unter Wasser.

Aufgrund des Ausfalls vieler Ölförderanlagen im Golf von Mexiko nach «Katrina» schnellte der Ölpreis weltweit in die Höhe. Nach «Rita» wird er nochmals auf neue Rekordhöhen getrieben.

Ein dritter, sehr zerstörerischer Hurrikan – «Wilma» – wütet am 21. Oktober und richtet grosse Schäden in Mexiko auf der Halbinsel Yucatan und in Florida (USA) an. Erneut kommen gegen 100 Personen um.

Erdbeben in Kaschmir

Am 8. Oktober erschüttert ein gewaltiges Erdbeben Kaschmir. Der indische wie der pakistanische Teil sind davon betroffen. Das Epizentrum liegt nur wenige Kilometer nordöstlich der grossen pakistanischen Provinzhauptstadt Muzaffarabad. Die meisten Opfer und die grössten Schäden sind im pakistanischen Teil zu beklagen. Insgesamt sterben in Pakistan ungefähr 41 000 Menschen, unzählige werden verletzt und nahezu 2,5 Millionen obdachlos. Im indischen Teil zählt man ungefähr 1000 Tote sowie 5000 Verletzte. Allein auf indischem Gebiet stürzen über 32 000 Gebäude ein. Die Hilfe erweist sich in dieser bergigen Landschaft als äusserst schwierig. Zusätzlich erschweren heftige Regenfälle den Zugang zu Land und aus der Luft. Es dauert mehrere Wochen, bis die Helfer alle abgelegenen Täler erreichen. Für die Überlebenden ist möglichst rasche Hilfe ein Muss, da der einbrechende Winter die Lage verschlimmert. Das Beben wurde von der indischen Platte ausgelöst. Sie schiebt sich pro Jahr 40 mm unter die



Erdbeben in Kaschmir
(Foto: Keystone)

eurasische Platte. Dieser Zusammenstoss führt zu einer Landerhebung, welche die höchsten Berge der Welt im Himalaya, Pamir und Hindukush entstehen liess. Die Landerhebung und damit das Wachsen der Berge ist immer noch nicht abgeschlossen.

Weltpolitik

Irak

Vor zwei Jahren, am 1. Mai 2003, erklärte der amerikanische Präsident George W. Bush die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet. Zwei Jahre nach Kriegsende ist die Etablierung einer stabilen, demokratischen Nachkriegsordnung im Land immer noch nicht abgeschlossen. Ende Januar 2005 finden erste freie Wahlen statt, aber die Regierungsbildung dauert lange. Erst am 3. Mai kann die neue Regierung unter Ministerpräsident Dschaafari vereidigt werden. Die Kabinettsliste umfasst 32 Minister und vier Staatsminister. Der Regierung gehören sieben Frauen an. Fünf Ministerposten werden von den Wahlsiegern für die Sunniten reserviert, welche die Wahlen vom Januar boykottiert hatten. Trotz dieser Regierungsbildung herrscht eine instabile Situation. Der demokratische wie wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes geht nur langsam voran. Behindert wird er hauptsächlich von zwei Faktoren: Einerseits entwickelt sich eine Art Guerillakrieg gegen die USA und ihre Verbündeten und andererseits kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen zwischen den drei Bevölkerungsgruppen der Schiiten, Sunniten und Kurden. Die Attentate und Sabotageakte nehmen nach der Regierungsbildung ständig zu. Durch diese Entwicklung sehen sich Skeptiker bestätigt, die früh auf die Probleme einer Demokratisierung des Iraks hingewiesen hatten. Nach fast fünf Dekaden Militärrherrschaft und praktisch keinerlei demokratischer Erfahrung in seiner Geschichte ist eine reibungslose Demokratisierung des Iraks unmöglich. Die Gesellschaft wird heute von drei grossen

unterschiedlichen ethnischen bzw. religiösen Gruppen, den Schiiten, Sunniten und Kurden, gebildet, die sich mehr oder weniger verfeindet gegenüberstehen. Diese Tatsache verunmöglicht eine interne Lösung. Hinzu kommen aussenpolitische Faktoren, die sich störend auswirken. Der Iran unterstützt die Schiiten im Süden und möchte einen Gottesstaat nach seinem Muster aufbauen. Im Norden will die Türkei ihren Einfluss nicht verlieren, um eine zu grosse Autonomie der Kurden zu verhindern. Die USA befürchten die Infiltration ausländischer islamischer Kämpfer der Al-Kaida. Die Weltmacht USA befindet sich damit in einer heiklen Situation. Ihr Engagement findet zu Hause immer weniger Unterstützung.

Israel/Palästina

Drei markante Ereignisse bestimmten dieses ewige Spannungsfeld im Nahen Osten: Die Räumung israelischer Siedlungen im Gazastreifen, die Krankheit von Ariel Sharon und die Wahlen in Palästina und Israel.

Nach langen Vorbereitungen räumt Israel am 21. August alle 21 jüdischen Siedlungen im Gazastreifen. Dies trotz heftigen Protesten und Widerstandsaktionen der Siedlerorganisationen. Die errichteten Gebäude und Installationen werden planmässig zerstört. Mit dem Abzug der Israeli aus dem Gazastreifen erlangen die Palästinenser wieder die volle Hoheit über dieses Gebiet. Allerdings ist die wirtschaftliche Situation der Bewohner des Gazastreifens sehr prekär, und es herrscht eine überaus hohe Arbeitslosigkeit, die zu sozialen Spannungen führt. Besorgte Kreise in Israel weisen auch darauf hin, dass mit dem Rückzug aus dem Gazastreifen die Palästinenser einen Grenzübergang zum benachbarten Ägypten erhalten und auf diesem Weg Waffen eingeführt werden können. Es dauert dann auch nicht lange, bis regelmässig – im Durchschnitt pro Tag zwei – Boden/Boden-Raketen vom Gazastreifen aus auf israelisches Gebiet abgefeuert werden.

Die internen Widerstände gegen den Rückzug aus dem Gazastreifen führen in Israel



Ehud Olmert, Ministerpräsident von Israel
(Foto: Keystone)

zum Auseinanderbrechen der rechtsgerichteten Regierungskoalition unter der Führung der Likud-Partei. Ministerpräsident Ariel Sharon verlässt am 22. November den Likud und gründet eine neue Partei, die Kadima. Gleichzeitig kündigt er Neuwahlen im März an. Der neuen Partei schliessen sich viele gemässigte, einflussreiche Politiker an, unter anderen auch der ehemalige Führer der Arbeitspartei und Ministerpräsident Shimon Peres. Wenige Wochen später erleidet Ariel Sharon einen zweiten Herzinfarkt und fällt in ein tiefes Koma. Der Verlust dieser Galionsfigur wiegt zu diesem Zeitpunkt für die israelische Politik besonders schwer. Bis zu den Wahlen übernimmt Vizepräsident Ehud Olmert die Regierungsgeschäfte. Ehud Olmert ist ein politischer Mitstreiter von Ariel Sharon und wandelte sich im Verlaufe der Jahre vom Falken zum rechten Pragmatiker, der den Dialog mit den Palästinensern sucht. Er war ein früher Befürworter von Landrückgaben an die Palästinenser. Die Wahlen in Israel vom 28. März

ergeben folgende Verteilung der 120 Sitze im Parlament: Kadima 29, Arbeitspartei 20, orthodox-religiöse Shas 12, Likud 12, Ysrael Beiteinu (russischsprachige Einwanderer) 11, Nationalreligiöse 9, Rentnerpartei 7, ultraorthodoxe Torah 6, linksliberale Meretz 5 und die drei arabischen Listen je 3 Mandate.

Die Palästinenser wählten bereits am 25. Januar, und die oppositionelle Hamas kann einen überraschend klaren Wahlsieg feiern. Die israelische Regierung wird vom Erdbeben der Hamas vollständig überrascht. Die Hamas erreicht 74 Sitze und die bisher regierende Fatah nur noch 43 Sitze. An Splittergruppen gehen weitere 15 Sitze. Die Hamas bildet alleine die neue Regierung unter der Führung von Ismail Hanija. Da die Hamas in ihrem Regierungsprogramm weiterhin am bewaffneten Kampf gegen Israel festhält, wird sie von verschiedenen Seiten kritisiert. Sie erklärt sich für Gespräche mit dem so genannten Nahost-Quartett bereit. Die USA und die EU fordern von der Hamas ein Bekenntnis zum Gewaltverzicht und die Anerkennung Israels. Die Geldquellen der Palästinenser aus dem Westen werden aus diesem Grund versiegen. Israel schliesst eine Zusammenarbeit mit der Hamas-Regierung aus.

Iran

Im Nahen Osten entwickelte sich im Laufe des Jahres ein neuer Konfliktherd. Der neue radikale iranische Präsident Mahmud Ahmadi-nedschad übernimmt die alte Rhetorik von Ayatolla Khomeini gegenüber Israel und spricht von «Ausradierung». Im Weiteren forciert der neue Präsident die Atomforschung, und er will den Iran zu einer Atommacht ausbauen. Da es zu keiner Einigung mit der IAEA (Internationale Atomenergie-Behörde der UNO) über die Kontrollen der atomaren Tätigkeiten kommt und der Iran die Anreicherung von Uran in der Anlage von Isfahan wieder aufnimmt, wird der Sicherheitsrat der UNO angerufen.

Europäische Union (EU)

Das französische Stimmvolk verwirft Ende Mai mit 55% Nein-Stimmen den EU-Verfassungsvorschlag. Wenige Tage später lehnt auch der niederländische Souverän mit 62% die Vorlage ab. Damit gerät die EU in eine Verfassungskrise.

Anlässlich des EU-Gipfels im folgenden Monat kommt es zu keiner Einigung über den Finanzrahmen für die Jahre 2007 bis 2013. Der britische Premierminister Tony Blair ist nicht bereit, den «Grossbritannien-Rabatt» zu verringern, wenn die EU ihre Agrarstruktur nicht revidiert. Damit sind Frankreich und Deutschland nicht einverstanden. Erst nach langwierigen Verhandlungen unter österreichischer Präsidentschaft gelingt es im April, einen Kompromiss zu erzielen.

BRD

Bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen verliert die SPD nach 39 Jahren ihre bisherige «Hochburg». Nach dem Wahlsieg der CDU reagiert Bundeskanzler Schröder mit der Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen im Herbst. Damit diese möglich werden, verliert Schröder absichtlich eine Vertrauensabstimmung im Bundestag. Er begründet dies mit fehlendem Rückhalt in der eigenen rot-grünen Koalition. Die Neuwahlen werden am 18. September abgehalten, und es kommt zu einer überraschenden Pattsituation. Sowohl SPD wie CDU/CSU erleiden deutliche Verluste und erreichen mit ihren Partnerparteien Grüne respektive FDP jeweils keine Mehrheit. Beide Spitzenkandidaten der grossen Parteien, Angela Merkel und Gerhard Schröder, beanspruchen das Bundeskanzleramt. Das Patt führt nach langem Tauziehen zur Bildung einer grossen Koalition von CDU/CSU und SPD. Die 51-jährige CDU-Politikerin Angela Merkel, die aus dem Gebiet der ehemaligen DDR stammt, wird die erste Bundeskanzlerin Deutschlands. Sie leitet eine Regierung von 16 Ministern, die je zur Hälfte aus den beiden



Bundeskanzlerin Angela Merkel
(Foto: Keystone)

grossen Parteien stammen. Vizekanzler wird der frühere SPD-Chef Franz Müntefering. Alt Bundeskanzler Gerhard Schröder zieht sich aus der Politik zurück und verzichtet auf alle Ämter. Neuer SPD-Chef wird der Hoffnungsträger und brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck aus Potsdam. Nach wenigen Monaten im Amt tritt Platzeck aus gesundheitlichen Gründen bereits wieder zurück. Ersetzt wird er, vorerst kommissarisch, durch Kurt Beck, den populären Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz.

Im Frühjahr 2006 folgen in drei Bundesländern Landtagswahlen. In Rheinland-Pfalz setzt sich der amtierende Ministerpräsident Kurt Beck durch. In Baden-Württemberg erreicht der erst seit einem Jahr regierende Chef der CDU, Günther Oettinger, das gleiche Resultat wie sein populärer Vorgänger Teufel und feiert so einen wichtigen Sieg. In Sachsen-Anhalt gewinnt ebenfalls die CDU mit ihrem Leader Wolfgang Böhmer. Da der bisherige Koalitionspartner FDP sehr viele Stimmen verlor, bleibt das bisherige Bündnis nicht mehr regierungsfähig. Die grosse Koalition in Berlin interpretierte dann auch den Ausgang der Landtagswahlen als Bestätigung für ihre bisherige Politik.

Frankreich

Präsident Chirac erlitt mit der Abstimmung zur EU-Verfassung eine politische Niederlage, die ihn zu einer umfassenden Regierungsumbildung zwang. Neuer Premierminister wird sein Vertrauter Dominique de Villepin. Wegen seiner politischen Schwächung muss Chirac Nicolas Sarkozy, seinen ungeliebten Rivalen, als Innenminister ins Kabinett berufen.

Nach dem Tod von zwei Jugendlichen im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois kommt es in verschiedenen französischen Vorstädten im Herbst zu einer Welle von Gewalt und Zerstörung. Hauptverantwortliche sind meist jugendliche Immigranten. Die Regierung kann die Gewaltwelle kaum eindämmen und sieht sich nach zehn Tagen gezwungen, einen befristeten Ausnahmezustand auszurufen. Nach mehr als drei Wochen lautet die Bilanz auf über 3000 Festnahmen, grosse Sachschäden mit unter anderem über 9000 verbrannten Autos.

Ein vorrangiges Ziel der Regierung von Dominique de Villepin ist die Bekämpfung der sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nach Meinung von Wirtschaftsfachleuten Reformen des sehr starren französischen Arbeitsrechts notwendig. Die Regierung lässt zu diesem Zweck ein neues Gesetz in der Nationalversammlung verabschieden, das den bisher fast absoluten Kündigungsschutz von Arbeitsverträgen für jugendliche Arbeitnehmer lockert. Im März wird gegen dieses neue Gesetz erneut Sturm gelaufen, und es kommt wieder zu grossen Demonstrationen. Agitatoren benützen diese Gelegenheit, um sich heftige Kämpfe mit den Ordnungskräften zu liefern, und verursachen grosse Sachschäden. Angesichts an-

haltender Unruhen sieht sich Präsident Chirac im April gezwungen, das Gesetz ganz zurückzuziehen.

Grossbritannien

Während des Gipfeltreffens der Führer der acht grössten Industrienationen (G-8) in Schottland explodieren am 7. Juli in drei U-Bahnen und einem Bus in London vier Bomben. Ihnen fallen 53 Personen zum Opfer, und über 700 Personen werden verletzt. Der Verkehr in der Innenstadt von London ruht einen ganzen Tag lang. Bald wird klar, dass vier Selbstmordattentäter am Werk waren. Eine Woche später werden sie als junge Muslime mit pakistanischen Wurzeln identifiziert. Sie stammten aus der Gegend von Leeds, waren voll integriert und besaßen die britische Staatsangehörigkeit. Die Tatsache, dass britische Staatsangehörige einen derartigen Anschlag ausführen, bewegt die Öffentlichkeit aufs Tiefste. Eine Untersuchungskommission stellt im April fest, dass die Attentäter keine Verbindung mit der gefürchteten Al-Kaida hatten.



Bombenanschläge in London
(Foto: Keystone)

Italien

Im April finden Wahlen für die neue Legislaturperiode statt. Romano Prodi mit seinem Mitte-Links-Bündnis gewinnt mit sehr knappem Vorsprung. Der amtierende Ministerpräsident Silvio Berlusconi gibt sich erst nach einigen Tagen geschlagen. Das knappe Resultat weist auf eine neue Periode der Instabilität hin.

Osteuropa

Der Bürgermeister von Warschau, Lech Kaczynski, wird im Oktober zum neuen Präsidenten Polens gewählt. Er und sein Zwillingsbruder Jaroslaw, der die Partei «Recht und Gerechtigkeit» führt, steigen so zu den mächtigsten Männern in Polen auf.

Ibrahim Rugova, Präsident von Kosovo, stirbt im Januar an Lungenkrebs. Schwierigkeiten für die kommenden Gespräche mit Serbien über das zukünftige Statut des Kosovos sind voraussehbar. Sein Nachfolger wird der gemässigte Fatmir Sedju, bisheriger Generalsekretär und Fraktionsführer der Partei von Rugova.

Der frühere Regierungschef Serbiens, Slobodan Milosevic, stirbt am 12. März an einem Herzversagen im Gefängnis in Den Haag. Er stand als Angeklagter wegen Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien vor dem Haager UNO-Tribunal.

Im März finden in Weissrussland Wahlen statt. Dabei gewinnt wieder der regierende Präsident Aleksandr Lukaschenko. Er regiert die Weissrussische Republik seit Jahren mit eiserner Hand. Mit skrupelloser Repression geht er gegen seine Gegner vor. Nach den Wahlen, die alles andere als frei und demokratisch waren, wirft ihm die Opposition Wahlbetrug vor. Es kommt zu verschiedenen Demonstrationen in der Hauptstadt Minsk. Starke Polizeikräfte gehen mit grosser Härte gegen die Demonstranten vor. Mehrere hundert werden verhaftet.

Eine grössere Anzahl wird sich vor einem Gericht verantworten müssen. Westliche Proteste gegen dieses Vorgehen zeigen in dieser letzten ideologischen Bastion der ehemaligen UdSSR keine Wirkung.

Ende März wird die Bevölkerung der Ukraine zur Wahl des Parlaments an die Urnen gerufen. Gewonnen wird die Wahl von der pro-russischen Partei der Regionen mit 26,2%, dicht gefolgt von Bjut, der Partei von Julia Timoschenko, mit 23,4% und Nascha Ukraina des regierenden Präsidenten Jutschenko. Die beiden Letzteren sind die Vertreter der «orange» Revolution.

Politik Schweiz

Eidgenossenschaft

Auf Ersuchen der USA wird am 2. Mai der frühere russische Atomminister Jewgeni Adamow in Bern verhaftet. Ihm wird Veruntreuung amerikanischer Entwicklungsgelder vorgeworfen. Neben den USA verlangt auch Russland von der Schweiz die Auslieferung Adamows. Der Fall geht bis vor das Bundesgericht. Ende Dezember entscheidet es zugunsten Russlands.

Am 4. Juni befürwortet das Schweizer Volk mit 54,6% der Stimmen das Übereinkommen mit der Europäischen Union zu den Verträgen von Schengen und Dublin. Der Vertrag von Schengen erleichtert den freien grenzüberschreitenden Reiseverkehr. Die innere Sicherheit wird durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz gestärkt. Der Vertrag von Dublin bestimmt, dass Asylsuchende nur Anspruch auf ein Gesuch in dem für sie zuständigen Staat haben. Schengen/Dublin sind Teil der Bilateralen Verträge II mit der EU. Sie unterlagen dem fakultativen Staatsvertrags-Referendum. Der Beitritt wurde von europafeindlichen Kreisen heftig bekämpft. Sie ergriffen das Referendum.

Gleichzeitig findet die Abstimmung über die Vorlage zu gleichgeschlechtlichen Partner-

schaften statt. Ihr stimmen 58% zu. Sie wird zwei Personen gleichen Geschlechts die Möglichkeit geben, ihre Partnerschaft rechtlich abzusichern und Leistungen gegenseitiger Für- und Vorsorge anzuerkennen. Das bedingt auch rechtliche Anpassungen in den Bereichen Erb-, Ausländer- und Sozialversicherungsrecht.

Der Schweizer Souverän stellt sich am 25. September mit 56% Ja-Stimmen hinter die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens mit flankierenden Massnahmen auf die neuen zehn Mitgliedstaaten der EU. Die flankierenden Massnahmen beinhalten u.a. die stufenweise Einführung der vollen Freizügigkeit und Schritte zur Verhinderung von Lohn-Dumping. In diesem Zusammenhang muss sich die Schweiz verpflichten, einen «Solidaritätsbeitrag» zur wirtschaftlichen Entwicklung der neuen 10 Länder von 1 Milliarde Franken, verteilt auf 5 Jahre, zu leisten. Die Verteilung dieser Gelder führt zu längerem Tauziehen innerhalb der EU. Das verzögert die Umsetzung der Vereinbarung. Am 27. Februar findet dann in Brüssel die Unterzeichnung der Verträge statt. Damit sind die jahrelangen Verhandlungen über die «Bilateralen II» zwischen der EU und der Schweiz endlich abgeschlossen.

Der Bundesrat will seine Mehrheitsbeteiligung an der Swisscom möglichst bald abtosen und verbietet dem Unternehmen gleichzeitig weitere Investitionen in Grundversorgungsfirmen der Telekommunikationsbranche im Ausland. Die Swisscom plante die Übernahme der irischen Telefongesellschaft Eircom.

Am 27. November findet die Abstimmung über die Volksinitiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» statt. Sie wird mit 55,7% Ja-Stimmen und allen Standesstimmen angenommen. Die Initiative verlangt einen Verzicht auf kommerzielle Anwendungen von gentechnisch veränderten Organismen in der Umwelt auf die Dauer von fünf Jahren.

Gleichzeitig wird über eine Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs) entschieden.

Die parlamentarische Initiative hat zum Ziel, Nebenbetrieben an Zentren des öffentlichen Verkehrs die Beschäftigung von Personal an allen Wochentagen inklusive der Sonntage zu ermöglichen. Als Zentren des öffentlichen Verkehrs gelten alle grossen Bahnhöfe und die Flughäfen. Ausgeschlossen sind kleine Bahnhöfe. Gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes hatten der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaft Unia das Referendum ergriffen. Im Abstimmungskampf erhalten sie auch Unterstützung von kirchlichen Kreisen. Die Initiative wird mit 50,6% Ja-Stimmen knapp angenommen.

Kanton Bern

Der 9. April war ein Wahlsonntag der besonderen Art. Der Regierungsrat und der Grosse Rat wurden für die neue Legislatur neu bestellt.

Im Regierungsrat mussten nach den Rücktritten von Dora Andres (FDP), Mario Annoni (FDP), Samuel Bhend (SP) und Elisabeth Zölch (SVP) gleich vier neue Mitglieder gewählt werden. Im Vorfeld dieser Wahl beherrscht ein Thema die Diskussionen. Die SVP stellte zusammen mit der FDP eine Sechserliste auf, vier Vertreter von der SVP und zwei von der FDP. Das bedeutete, dass die SVP einen Sitzgewinn und damit die Mehrheit im Regierungsrat anstrebt. Die linksgerichteten Parteien SP und Grüne stellten eine Viererliste zusammen. Gewählt haben nur 29,68% der Stimmberechtigten, und es gibt einen gewaltigen Umsturz in der Zusammensetzung der Regierung. Die Wählenden goutieren den Mehrheitsanspruch der SVP nicht. Beide grossen Parteien, SVP und FDP, verlieren einen Sitz, die Links-Grüne Liste bringt alle vier Kandidaten durch und hat nun die Mehrheit im Regierungsrat. Der neue Regierungsrat setzt sich zusammen aus Barbara Egger-Jenzer (SP bisher, 97 444 Stimmen), Urs Gasche (SVP bisher, 94 917), Werner Luginbühl (SVP bisher, 91 568), Bernhard Pulver (GFL neu, 85 299), Andreas Rickenbacher (SP neu,



Der neu gewählte Regierungsrat: v.l.n.r. Andreas Rickenbacher, Bernhard Pulver, Werner Luginbühl, Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Urs Gasche, Hans-Jürg Käser
(Foto: Hansueli Trachsel)

84 745), Hans-Jürg Käser (FDP neu, 80 793) und Phillipe Perrenoud (SP neu, 79 251). Philippe Perrenoud besetzt den durch die Verfassung garantierten Sitz des Juras. Die Vertretung der Frauen wird stark geschwächt. Neu gibt es nur noch eine einzige Regierungsrätin. Den Entscheid für diesen markanten Wechsel der Zusammensetzung der Regierung fiel in der Stadt Bern, die mit grossem Vorsprung der Links-Grünen Liste den Vorzug gab. Die bürgerlichen Parteien verzeichneten im Gegensatz zur Opposition viele veränderte Listen, die ihre Stimmkraft entscheidend schwächten.

Für den Grossen Rat war die Ausgangslage ebenfalls sehr spannend, da einerseits die Anzahl der Grossräte von 200 auf 160 verkleinert wurde und andererseits erstmals nach den acht neuen Wahlkreisen Oberland, Thun, Mittelland, Bern, Emmental, Oberraargau, Biel-Seeland und Jura Bernois und nicht mehr nach Amtsbezirk gewählt wurde. Gewählt werden 47 Mitglieder der SVP (2002: 67), SP 42 (58), FDP 26 (36), Grüne 19 (15), EVP 13 (11), EDU 6 (4), SD 1 (3), CVP 1 (2), FPS 1 (0), Entente PDC/PLJ 1 (1), PSA 3 (2). Ein direkter Vergleich mit dem Jahr 2002 ist wegen der Verkleinerung des

Rates nur bedingt möglich. Die Reduktion der Sitze geht zu Lasten der grossen Parteien, und die kleineren Parteien profitieren davon. Eigentliche Wahlsieger sind die Grünen und die EVP. Das zeigen im Vergleich die Zahlen der Wähleranteile: SVP 27,42% (-4,38), SP 24,03% (-2,37), FDP 16,38% (-1,12), GFL/GB 12,9% (+3,7), EVP 7,34% (+1,34), EDU 4,78% (+0,08), SD 2,19% (+0,59), CVP 1,76% (+0,76), FPS 0,45% (+0,45), Entente PDC/PLJ 0,33% (+0,03), PSA 1,12% (+0,82) und Diverse 1,12% (+0,82). Mit diesen Resultaten verlieren die beiden grossen Parteien SVP und FDP die bisher innegehaltene absolute Mehrheit. Allerdings behalten alle Bürgerlichen zusammen weiterhin die Mehrheit.

Stadt Bern

Nach mehrjähriger Bauzeit erhält Bern mit dem Zentrum Paul Klee ein neues Wahrzeichen. Am 17. Juni wird im Schöngrün im Osten Berns der markante Bau des italienischen Stararchitekten Renzo Piano eröffnet. Es beherbergt mit mehr als 4000 Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen die weltweit grösste Sammlung mit Werken des Künstlers. Klee wurde 1879 in Münchenbuchsee geboren, lebte mehrere Jahre in Bern und starb 1940 in Muralto. Initiiert wurde das Museum vom Mäzenen-ehepaar Maurice und Martha Müller, die den grössten Kostenanteil der 100 Millionen teuren Anlage übernahmen und den Stararchitekten Renzo Piano engagierten. Im dreiteiligen Bau sind neben den Ausstellungsräumen noch ein Kindermuseum, ein Musik- und Theatersaal und ein Forschungszentrum untergebracht. Das neue Wahrzeichen Berns erweist sich als Publikumsliebbling, besuchen doch während der ersten sechs Monate mehr als 200 000 Menschen die Ausstellung (vgl. auch S. 52).

Sport

Am 22. Juni gibt Peter Sauber bekannt, dass sein Formel-1-Rennstall vom deutschen Automobilhersteller BMW übernommen wird. Damit verschwindet der einzige Schweizer Rennstall der Formel 1. Die Frage der Nachfolge sowie die ständig steigenden Kosten eines Rennstalls führten zu dieser Lösung. Die Basis in Hinwil wird erhalten bleiben und in Zukunft für den Bau der Wagen zuständig sein. Die Motoren werden in München entwickelt und gebaut.

Im Juli wird das Stade de Suisse in Bern eröffnet. Fast vier Jahre nach dem Abbruch des legendären Wankdorfstadions wird sein Nachfolger als multifunktionales Stadion, das modernste der Schweiz, in Betrieb genommen. Der 350 Millionen teure Bau beherbergt neben dem Fussballstadion ein Einkaufszentrum, ein Konferenzzentrum, Restaurants und einen Quartiertreff. Das Fussballstadion kann auch als Konzertbühne genutzt werden. Kurz nach seiner Eröffnung ist das Stadion bereits mehrmals ausverkauft dank der schweizerischen Nationalmannschaft und dem FC Thun, der sich für die europäische Champions League qualifiziert und für Furore sorgt.



Stade de Suisse im Wankdorf
(Foto: Keystone)

Das Schweizer OL-Team erringt mit der übertragenden Bernerin Simone Niggli-Luder acht Medaillen an der Weltmeisterschaft in Japan.

Nach einem langen Qualifikationsverfahren schafft die schweizerische Fussballnationalmannschaft die Berechtigung zur Teilnahme an der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland. Nach Abschluss der ordentlichen Qualifikation muss sie eine so genannte Barrage gegen die Türkei bestreiten. Im Hinspiel vom 12. November in Bern gewinnt sie mit 2:0 Toren. Das Rückspiel in Istanbul geht 2:4 verloren, reicht jedoch aufgrund der erzielten Auswärtstore für die Qualifikation. Bereits bei der Ankunft in Istanbul wird die Schweizer Mannschaft belästigt, beschimpft und bedroht. Nach Abschluss des Spiels werden die Spieler tätlich angegriffen und müssen das Feld fluchtartig verlassen.

Der 19-jährige Emmentaler Rennfahrer Tom Lüthi wird am 6. November in Valencia Weltmeister der 125er-Motorradklasse.

Die Schweizer Tennisspieler Roger Federer, Patty Schnyder und Martina Hingis zeigen sich auch in diesem Jahr von der besten Seite. Roger Federer ist seit über zwei Jahren die absolute Nummer 1 der Welt und Patty Schnyder ist 8. der Weltrangliste. Martina Hingis kehrt nach drei Jahren Absenz wieder auf die Tennisplätze zurück und belegt nach wenigen Monaten den 25. Rang der Weltrangliste.

Die Olympischen Winterspiele in Turin verlaufen für die Schweizer Athleten über Erwarten erfolgreich. Sie kehren mit fünf Gold-, vier Silber- und fünf Bronzemedailles zurück. Im Weiteren erreichen sie 24 olympische Diplome für die Ränge 4 bis 8. Goldmedaillen gewinnen Tanja Frieden (Boardercross), Maya Pedersen (Skele-

ton), Evelyne Leu (Ski Freistil), Daniela Meuli (Snowboard Riesenslalom) und Philipp Schoch (Snowboard Riesenslalom). Silbermedaillen gehen an Martina Schild (Ski Abfahrt), Mirjam Ott und ihr Team (Curling), Stéphane Lambiel (Eiskunstlauf) und Simon Schoch (Snowboard Riesenslalom). Bronzemedaillen holen sich Bruno Kernen (Ski Abfahrt), Ambrosi Hoffmann (Ski Super-G), Gregor Stähli (Skeleton) und Martin Annen mit seinem Team (gleich zweimal im Zweier- und Viererbob).

Der Walliser Stéphane Lambiel gewinnt im März in Calgary, Kanada, zum zweiten Mal die Weltmeisterschaft im Eiskunstlauf der Herren. Es ist dies das erste Mal in der Geschichte, dass ein Schweizer Eiskunstläufer diese Leistung schafft.

Das Velorennen Paris–Roubaix, eines der schwierigsten der Welt, wird am 9. April vom Berner Fabian Cancellara gewonnen.

Die Berner Young Boys erleiden in ihrem Heimstadion eine empfindliche Niederlage im Final des Fussballcups gegen das unterklassige Sion. Sion hat damit alle seine zehn Finalteilnahmen im Cup gewonnen.



Olympische Winterspiele in Turin: Tanja Frieden und Maya Pedersen, zwei der fünf Goldmedaillengewinnerinnen (Foto: Keystone)

Was sonst noch geschah

Die päpstliche Schweizergarde feiert im Januar ihr 500-jähriges Bestehen.

Eine missglückte Herztransplantation im Zürcher Universitätsspital beschäftigt die Politik und die Justiz. Die Krankheitsgeschichte der Patientin und die Vorbereitung zur Operation wurden im Fernsehen ausgestrahlt. Der Frau wurde ein Herz mit einer andern Blutgruppe eingesetzt, was zu ihrem Tod führte. Es wurden Vorwürfe laut, dass die Ärzte bewusst ein falsches Herz eingesetzt hätten. – Die Spitzenmedizin bewegt weiterhin die Öffentlichkeit. Am 15. Juli steigt der Kanton Zürich aus der Vereinbarung über die Koordination der Spitzenmedizin aus. Er will nicht darauf verzichten, in Zürich weiterhin Herztransplantationen vorzunehmen.

Der 22. Juni ist ein schwarzer Tag für die SBB. Ein Kurzschluss in einer Übertragungsleitung zwischen Amsteg und Rotkreuz legt den gesamten Bahnverkehr in der Schweiz lahm. Das führt zu einem nie da gewesenen Chaos, das rund 200 000 Personen betrifft. Die Panne dauert von 18 Uhr bis 21.30 Uhr. Anschliessend kommt der Bahnverkehr nur zögerlich wieder in Gang.

Am 28. Juli fotografieren zwei Wildhüter am Ofenpass einen Braunbären, der von Italien in die Schweiz eingewandert war. Die Fotografien belegen, dass erstmals seit 100 Jahren wieder ein frei lebender Bär in der Schweiz aufgetaucht ist. Diese Tatsache löst ein grosses Medien-echo aus. Das Münstertal erlebt eine Invasion von «Bärentouristen».

In Oberglatt bei Zürich wird ein sechsjähriger Junge am 1. Dezember von drei Pitbull-Terriern zu Tode gebissen. Der Fall führt zu einer breiten Diskussion über die Haltung von Kampfhunden. Verschiedene Kantone führen für gewisse Arten von Kampfhunden eine Maulkorb- und Leinenpflicht ein. Von politischer Seite werden Massnahmen des Bundes gefordert. Nach längerem Hin und Her entscheidet der Bundesrat, dass aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen keine Massnahmen ergriffen werden. Die Kantone werden aufgefordert, abzuklären, ob Massnahmen notwendig sind, und sie wenn möglich einheitlich einzuführen.

Im Verlaufe des Jahres breitet sich die Influenza A (Typ H5N1), besser bekannt als Vogelgrippe oder Geflügelpest, vom Fernen Osten über Asien immer weiter nach Westen aus und erreicht im Februar die Schweiz. Insbesondere Hausgeflügel wie Hühner, Truthähne und Gänse, aber auch Wildvögel, können das Virus in sich tragen. 1997 wurde das Virus in Hongkong zum ersten Mal beobachtet. Durch die Tötung sämtlicher Geflügelbestände schien das Virus eliminiert worden zu sein, bis im Dezember 2003 in Südkorea dieselbe aggressive Form der Vogelgrippe wieder auftrat. In der Folge breitete sich die Vogelgrippe über weite Teile



Ein Braunbär im Schweizer Nationalpark
(Foto: Keystone)

Ostasiens aus. Seit dem Frühjahr 2005 kann eine weitere Ausbreitung nach Westen beobachtet werden. Im Oktober 2005 treten die ersten Fälle von H5N1 in Ost-Europa auf. Das führt zu einer ersten Periode von zwei Monaten Stallpflicht für Geflügel in der Schweiz. Um das einheimische Geflügel vor der Vogelgrippe zu schützen, hat das Bundesamt für Veterinärwesen bei Bekanntwerden von Ausbrüchen jeweils sofort einen Importstopp für Geflügel, Geflügelfleisch, Eier und Geflügelnebenprodukten aus den betroffenen Ländern verfügt. Nach der weiteren Ausbreitung gegen Westen Anfang Jahr wird die Stallpflicht Ende Februar bis Ende April wieder eingeführt. Die Ausbreitung gegen Westen erfolgt meistens durch Zugvögel. Die Übertragung der Seuche auf den Menschen wurde bisher nur in relativ seltenen Fällen beobachtet.